



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
17.05.2016

Angebliche Umsatzeinbußen wegen Pegida-Kundgebungen

Das Kreisverwaltungsreferat hat unlängst angekündigt, mit einer strengeren Bewilligungs- und Auflagenpraxis die Kundgebungstätigkeit des Münchner Pegida-Ablegers eindämmen zu wollen. So soll es u.a. stationäre Kundgebungen auf dem Marienplatz künftig nur noch einmal pro Woche geben, die Montags-Demos sollen nur noch einmal pro Monat am Odeonsplatz genehmigt werden, Demonstrationzüge sollen nur noch zweimal im Monat bewilligt werden, allerdings mit verkürzter Route. Begründet werden die Maßnahmen mit angeblichen Verkehrsbehinderungen und Umsatzeinbußen von Gewerbetreibenden rund um den Marienplatz. Das Lokalblättchen „Münchner Merkur“ zitiert den KVR-Chef mit der Feststellung: „Angesichts der Häufigkeit der Pegida-Demonstrationen und der sehr geringen Teilnehmerzahl könnten die gravierenden Beeinträchtigungen hunderter Gewerbetreibender, Gastronomen und Anwohner sowie die Verkehrsbehinderungen für zehntausende MVG-Kunden und Autofahrer nicht mehr hingenommen werden.“ (zit. nach: <http://www.merkur.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/muenchner-kreisverwaltungsreferat-stoppt-pegida-dauer-demos-6371269.html>; zul. aufgerufen: 17.05.2016, 03.26 Uhr; KR). – Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche belastbaren Quellen lassen den Schluß zu, die stationären Pegida-Kundgebungen auf dem Marienplatz hätten zu Umsatzeinbußen von Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten geführt? Konkret: Umsatzeinbußen in welcher Höhe gegenüber früheren Vergleichszeiträumen werden von wem behauptet?
2. Über welche eigenen Erkenntnisse verfügt ggf. das städtische Wirtschaftsreferat, die die Behauptung von Umsatzeinbußen als Folge der Pegida-Kundgebungen erhärten?

Karl Richter
Stadtrat